

DROGENHANDEL IN RUSSLAND DIE JUKOS-AFFÄRE: FORTSETZUNG

■ Analyse		
	Drogenhandel im heutigen Russland. Louise Shelley, Washington D.C.	2
■ Tabellen und Grafiken zum Text		
	Beschlagnahme von Drogen	4
	Drogenkriminalität und allgemeine Kriminalitätsentwicklung 1990–2004	6
	Drogensucht und Drogenbekämpfung 2003	6
■ Dokumentation		
	Heroinhandel in Russlands unruhigem Osten.	
	Kurzbericht der Drug Enforcement Administration der USA (Oktober 2003)	8
■ Kommentar		
	Die Jukos-Affäre geht weiter. Heiko Pleines, Moskau	9
■ Tabelle und Grafik zum Text		
	Nettokapitalexport des Privatsektors 2001–2005	12
■ Chronik		
	Vom 6. bis zum 13. Oktober 2005	13
■ Lesehinweis		
	Abstracts der Artikel mit Russlandbezug in Osteuropa 9/2005	14

Analyse

Drogenhandel im heutigen Russland

Louise Shelley, Washington D.C.

Zusammenfassung

Russland hatte in den letzten fünf Jahren eines der am schnellsten wachsenden Drogenprobleme der Welt. Heute werden in allen Regionen Russlands Drogen gehandelt – mit negativen Auswirkungen auf die junge Bevölkerung. In erster Linie ist Russland ein Transitland, doch auch der Drogenkonsum in Russland selbst steigt an. Früher wurden in Russland in erster Linie im eigenen Land produzierte Drogen konsumiert, heute ist das Land vollständig in die internationalen Drogenmärkte eingebunden. Präventionsprogramme gibt es in Russland kaum und die Strafverfolgung hat sich bei der Bekämpfung des Drogenproblems als ineffektives Werkzeug erwiesen.

Russland und das Drogenproblem

Drogen wurden in der Sowjetunion bereits in den sechziger Jahren illegal. Doch erst im Russland des 21. Jahrhunderts hat der Drogenhandel bedeutende Ausmaße angenommen, indem er sich in vielen Regionen des Landes verbreitete und hohe Gewinne für die Dealer abwarf. In den Anfangsjahren des postsowjetischen Russland konzentrierte sich die Aktivität der Organisierten Kriminalität hauptsächlich auf das Auspressen legaler Wirtschaftszweige. Seit einigen Jahren allerdings beginnen die Aktivitäten der Organisierten Kriminalität in Russland stärker denen in anderen Regionen der Welt zu ähneln, wo Drogen einen zentralen Teil für die Profite krimineller Gruppen darstellen.

Die gestiegene Bedeutung des Drogenhandels innerhalb des Gesamtproblems der Organisierten Kriminalität in Russland ist auf dieselben Faktoren zurückzuführen wie an anderen Orten der Welt. Doch aufgrund schwacher staatlicher Strukturen, ineffektiver Strafverfolgung und Grenzkontrollen, einem hohen Grad an Korruption und nicht zuletzt wegen der geographischen Lage sind die Staaten der ehemaligen Sowjetunion unverhältnismäßig stark vom weltweiten Anstieg des Drogenhandels und –konsums betroffen. Putin hat eingeräumt, dass der Drogenhandel und der weit verbreitete Missbrauch eine Bedrohung für die nationale Sicherheit darstellen. Allerdings wurde das Thema Drogen nicht in die Debatte um die nationale Sicherheit aufgenommen, wie dies in den Vereinigten Staaten und zum Teil auch in Europa der Fall ist – und das, obwohl der Drogenhandel vielfach gewalttätige nichtstaatliche Akteure zu finanziert, darunter separatistische und terroristische Bewegungen.

Die Internationalisierung des Drogenhandels

Russlands Anfälligkeit für Drogenhandel hat sich mit der Öffnung der Grenzen, dem Zusammenbruch von Volkswirtschaften in einigen Nachbarländern und dem Aufkommen regionaler Konflikte in den neunziger Jahren erhöht. In der Folge strömten Millionen illegaler Immigranten nach Russland. Viele derjenigen, die sich in der legalen Wirtschaft nicht

über Wasser halten konnten, haben sich dem Drogenhandel zur Existenzsicherung zugewandt. Zudem hat die Voreingenommenheit der Russen gegenüber Menschen aus dem Kaukasus und Zentralasien diese innerhalb der russischen Wirtschaft noch weiter an den Rand gedrängt. Und genau wie anderswo auf der Welt werden Angehörige ethnischer Minderheiten kriminell, um sich wirtschaftlich über Wasser zu halten.

Der Bürgerkrieg in Tadschikistan und die Invasion in Afghanistan haben zu einem immensen Anstiegs des Drogenhandels in dieser Region geführt. In den letzten zehn Jahren hat die so genannte „Nordroute“ des Heroinschmuggels Afghanistan über Zentralasien an Russland und Europa angebunden. Obwohl ursprünglich vermutlich nur als Umschlagplatz gedacht, ist Russland heute besonders als großer Abnehmer mit mehreren Millionen Heroinkonsumenten wichtig für die weltweite Heroinwirtschaft. Viele dieser Konsumenten sind Jugendliche und Armeeangehörige, die früher an den Grenzen Zentralasiens oder im Tschetschenienkonflikt eingesetzt waren.

Die Akteure in diesem illegalen Geschäft reichen von russischen Militärs über Polizei und gewöhnlichen Kriminelle bis hin zu ethnischen Gruppen aus anderen Ländern der Ex-Sowjetunion und illegalen Einwanderern aus asiatischen Ländern. Korruptionsbeziehungen zwischen Drogenhändlern und lokalen oder regionalen Amtsträgern erlauben es den Gruppen, in ganz Russland zu operieren, selbst in der Hauptstadt. Zudem sind auch kriminelle Gruppen aus vielen anderen Ländern in Russland aktiv. Darunter sind nicht nur solche aus den benachbarten ehemaligen Sowjetstaaten, sondern auch ostmitteleuropäische, japanische, chinesische, koreanische und vietnamesische Gruppierungen, ebenso wie lateinamerikanische. Russische Frauen werden auch von kriminellen Organisationen aus Nigeria als Kuriere eingesetzt.

Russland ist voll und ganz im internationalen Drogenhandel angekommen. Während in den frühen Neunzigern 30% aller Drogen in Russland aus dem Ausland kamen (das „nahe Ausland“ eingeschlossen),

so ist dieser Anteil zu Beginn des 21. Jahrhunderts doppelt so hoch. In einigen Regionen Russlands, etwa Moskau, St. Petersburg oder Chabarowsk, stammen 80% aller beschlagnahmten Drogen aus ausländischer Produktion. Die Liste der Herkunftsländer umfasst dabei neben Peru und Kolumbien auch die Niederlande, mehrere ostmitteleuropäische Länder und Staaten Zentralasiens einschließlich Afghanistan. Russland dient auch in zunehmendem Maße als Transitland für Drogen aus Afghanistan, Pakistan und Iran auf dem Weg zu den europäischen Märkten. Auch im Ausland lebende Russen sind im internationalen Drogengeschäft tätig.

Im Rahmen dieser Internationalisierung sind weitere Drogenarten in den russischen Markt eingedrungen, wobei aber keine so verbreitet ist wie die Drogen auf Mohnbasis aus Zentralasien und dem Kaukasus. Drogen kommen aus Asien, Lateinamerika und Osteuropa nach Russland. Synthetische Drogen werden gleichermaßen aus dem Westen und Osten importiert, sei es der Grundstoff Ephedrin aus China oder konsumfertige synthetische Drogen aus Polen oder den Niederlanden. Kleinere Mengen Ephedrin kommen auch aus Nordkorea auf den russischen Markt. In letzter Zeit ist auch Kokain, das von Lateinamerika hauptsächlich über Spanien und das Baltikum nach Russland geschmuggelt wird, zu einem Problem geworden. Es gab auch Festnahmen wegen Produktion synthetischer Drogen direkt im Lande.

Die russische Drogenmafia

Ein Großteil des Drogenhandels liegt in der Hand ethnischer Gruppen, besonders solcher aus Zentralasien oder dem Kaukasus. Die Einbeziehung von Militärangehörigen ist äußerst wichtig, da diese den Transport von russischen Militärstützpunkten in Zentralasien nach Russland organisieren. Außerdem sind die Polizei, die Grenztruppen und der Zoll, vermutlich der korrupteste Teil der russischen Rechtsschutzorgane, tief in den aufstrebenden Drogenhandel verstrickt. Verhaftungen erfolgen zwar, diese beschränken sich aber fast immer auf die untersten Glieder in der Drogenkette und es wurden nur wenig Anstrengungen unternommen, auch höhere Ebenen ins Visier zu nehmen. Das Geschäft mit den Drogen wird nicht nur von Kriminellen aus dem „nahen Ausland“ betrieben – zunehmend sind auch Russen in den weltweiten Drogenmarkt verwickelt. Sowohl kolumbianische als auch nigerianische Gruppierungen operieren in Russland.

Die Profite aus dem Drogenhandel werden unterschiedlich eingesetzt. Sie werden zum Teil in legalen russischen Unternehmen gewaschen: in Restaurants, Bars, Kasinos – Bereichen, die von der Organisierten Kriminalität kontrolliert werden. Sie werden aber auch durch komplexe Geldwäscheoperationen der russischen Organisierten Kriminalität ins Ausland gebracht,

meist nach Westeuropa. Sie werden weiterhin benutzt um die illegalen Immigrantengemeinden innerhalb Russlands zu unterstützen, die aus Zentralasien und dem Kaukasus, aber auch aus Afghanistan und Pakistan kommen. Manche Einnahmen werden dazu verwendet, den Konflikt in Tschetschenien zu finanzieren. Andere werden benutzt, um Aufstände in angrenzenden Regionen zu unterstützen und möglicherweise auch terroristische Aktivitäten zu bezahlen, die von Resten der Taliban gefördert werden.

Die sozialen Auswirkungen

Dem Leiter der Föderalen Dienstes zur Kontrolle des Drogenhandels zufolge ist die Zahl der Verbrechen im Zusammenhang mit Drogen in den letzten zehn Jahren um das fünfzehnfache gestiegen, die Anzahl der Drogenkonsumenten um das zehnfache. Drogenkonsumenten machen zwischen 2 und 4 Prozent der russischen Bevölkerung aus, was sowohl absolut als auch im internationalen Vergleich sehr hoch ist. Viele Konsumenten sind Jugendliche, was die demographischen Probleme Russlands weiter verschärft. Obwohl staatliche Statistiken von politischen Motiven beeinflusst werden, zeigen sie doch einen alarmierenden Trend, was Umfang Häufigkeit und Ausdehnung des Drogenhandels angeht. Noch 1985 hatte beispielsweise das Innenministerium in ganz Russland nur vier Regionen mit mehr als 10.000 ernsthaft Drogenkranken ermittelt. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist diese Zahl auf über dreißig Regionen gestiegen. Gegenwärtig gibt es in Russland kaum eine Stadt ohne Drogenabhängige. Doch ist der Missbrauch von Drogen ungleichmäßig verteilt: Während in ganz Russland im Januar 2004 310 Abhängige auf 100.000 Einwohner zu verzeichnen waren, waren es im Fernen Osten 542. Die hohe Abhängigkeitsrate erklärt sich aus der durch die Häfen bedingten Nähe zur asiatischen Organisierten Kriminalität, die hochgradig kriminogene Situation in der Region und die kriminelle Energie der Lokal- und Regionalregierung.

Das Geschäft mit den Drogen scheint einer jedes Jahr wachsenden Anzahl russischer Bürger Beschäftigung zu bieten. Nicht nur sind organisierte Verbrechergruppen verstärkt im Drogenhandel aktiv; es dienen auch viele mittellose russische Bürger als Kurier. Russische Regierungsquellen schätzen, dass die Zahl der Organisierten Verbrechergruppen im Drogenhandel seit 1993 um 85% gestiegen ist. 2004 waren offizieller Schätzung zufolge 950 kriminelle Gruppen in diesem Bereich tätig.

Die höchste Konzentration an Drogenmissbrauch, zum Teil an HIV-Infektionsraten gemessen, gibt es in den großen Städten entlang der Transsibirischen Eisenbahn – Wladiwostok, Irkutsk, Jekaterinburg und Moskau. Auch St. Petersburg, Großstadt und wichtiger Verkehrsknotenpunkt, ist ein Zentrum des

Drogenmissbrauchs. Nach Angaben des *Transnational Crime and Corruption Center* in Irkutsk ist das Problem in der sibirischen Stadt besonders akut. Dies zeigt, dass der innerrussische Handel sich entlang der Eisenbahnstrecken entwickelt.

Fazit

Der Anstieg des russischen Drogenhandels hat ausgesprochen negative Auswirkungen auf das legale Unternehmertum in Russland. Der Drogenhandel stellt eine Bedrohung für das Arbeitskräftepotenzial dar, da Junge und Erwerbsfähige überproportional betroffen sind. Die Zunahme bei HIV/AIDS, Tu-

berkulose und anderen Krankheiten, die in Verbindung mit ansteigendem Drogenkonsum auftreten, hat erhebliche Auswirkungen auf eine Bevölkerung, deren Geburtenrate gegenwärtig nicht einmal zum Bestandserhalt ausreicht. Die Gesundheitsausgaben und der Verlust an Arbeitskräften stellen eine enorme Belastung für die russische Wirtschaft dar und setzt ihre Wettbewerbsfähigkeit herab – ein Fakt, der von der vom russischen Staat nicht ausreichend beachtet wird.

Übersetzung: Bastian Stenzel
Redaktion: Hans-Henning Schröder

Über die Autorin:

Louise Shelley ist Professorin an der *School of International Service* und Begründerin und Direktorin des *Transnational Crime and Corruption Center (TraCCC) an der American University*. Ihr Spezialgebiet sind Probleme länderübergreifender Kriminalität, besonders in der ehemaligen Sowjetunion; sowie die Verbindungen zwischen Kriminalität und Terrorismus.

Lesetipps

Transnational Crime and Corruption Center www.american.edu/tracc

United Nations Drug Program www.unodc.org

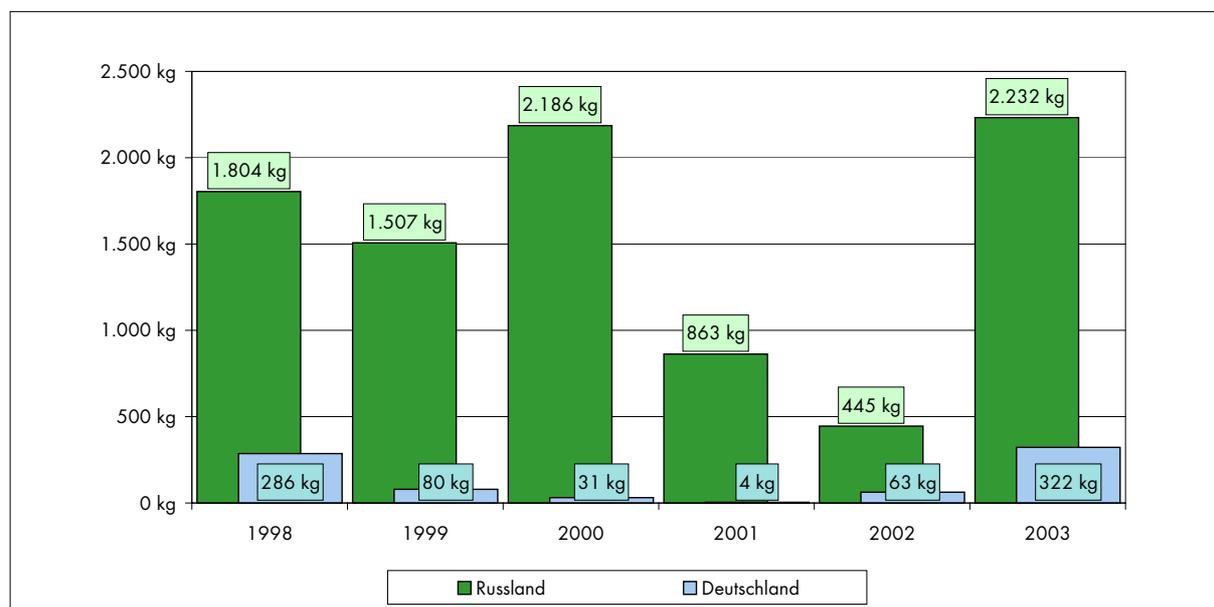
International Narcotics Control Strategy Report –2005. Released by the Bureau for International Narcotics and Law Enforcement Affairs. March 2005. Europe and Central Asia <http://irkcenter.isea.ru/issledovan/narkotic/4.htm>

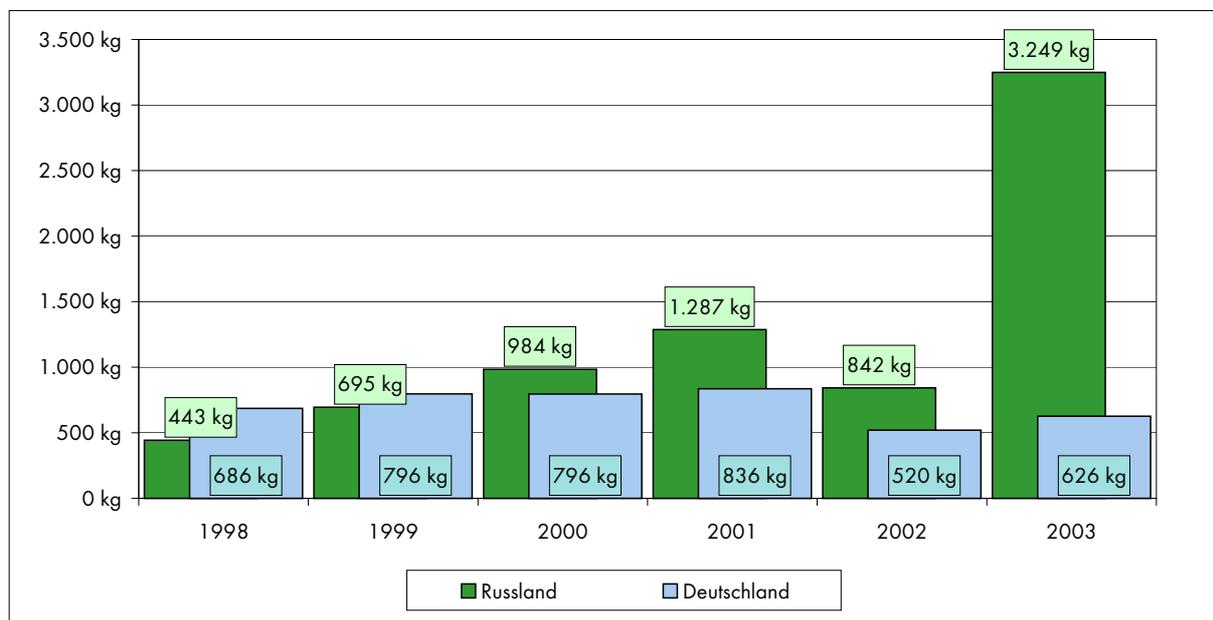
Tabellen und Grafiken zum Text

Beschlagnahme von Drogen

Quelle: *World Drug Report 2005 Volume 2*, S. 253, 256, 264, 314 f., 319f., 325f., 329f., 334f.
http://www.unodc.org/pdf/WDR_2005/volume_1_web.pdf

Drogenbeschlagnahme: Opium



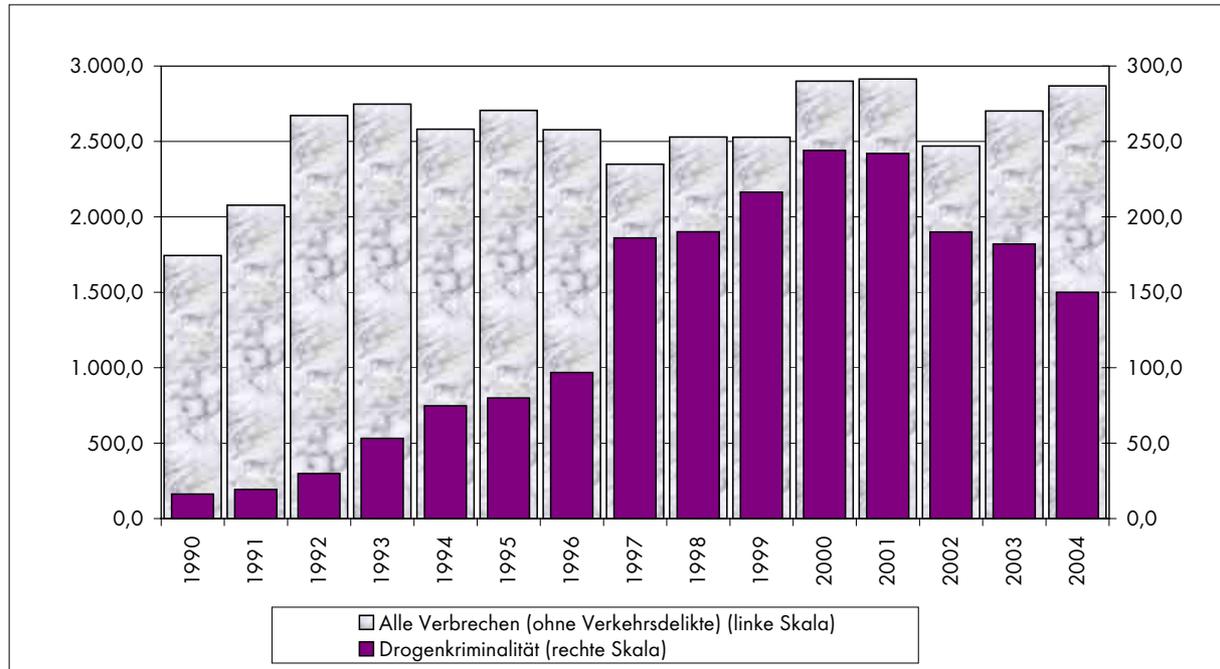
Drogenbeschlagnahme: Heroin

Beschlagnahme von Drogen

	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Opium (roh und verarbeitet)						
Russland	1.803,700 kg	1.506,966 kg	2.186,000 kg	862,645 kg	445,254 kg	2.232,280 kg
Deutschland	286,074 kg	79,500 kg	30,900 kg	4,115 kg	62,674 kg	322,405 kg
Opium (Pflanzen, Kapseln)						
Russland	16.511,359 kg	18.366,055 kg	Kein Bericht	Kein Bericht	Kein Bericht	Kein Bericht
Heroin						
Russland	442,900 kg	695,085 kg	984,000 kg	1.287,226 kg	842,163 kg	3.248,814 kg
Deutschland	685,920 kg	796,400 kg	796,000 kg	835,836 kg	519,598 kg	626,185 kg
Amphetamine (außer 'Ecstasy')						
Russland	34,000 kg	40,500 kg	9,000 kg	13,513 kg	37,640 kg	44,395 kg
Deutschland	309,602 kg	360,000 kg	271,200 kg	262,539 kg	361,720 kg	484,055 kg
Ecstasy (MDA, MDEA, MDMA)						
Russland	Kein Bericht	Kein Bericht	Kein Bericht	0,850 kg	Kein Bericht	6,191 kg
Deutschland	Kein Bericht	1.470.507 u.	1.634.683 u.	4.576.504 u.	3.207.099 u.	1.257.676 u.
Halluzinogene (außer LSD, inklusive "Ecstasy")						
Russland	Kein Bericht	0,153 kg	Kein Bericht	2,526 kg	2,813 kg	6,287 kg
Deutschland	419.329 u.	1.470.507 u.	35,500 kg	21,897 kg	33,603 kg	1.257.676 u.
LSD						
Russland	Kein Bericht	Kein Bericht	0,380 kg	1,676 kg	2,813 kg	2,707 kg
Deutschland	32.250 u.	22.965 u.	43.924 u.	11.441 u.	30.144 u.	34.806 u.

u. = Unit

Drogenkriminalität und allgemeine Kriminalitätsentwicklung 1990–2004

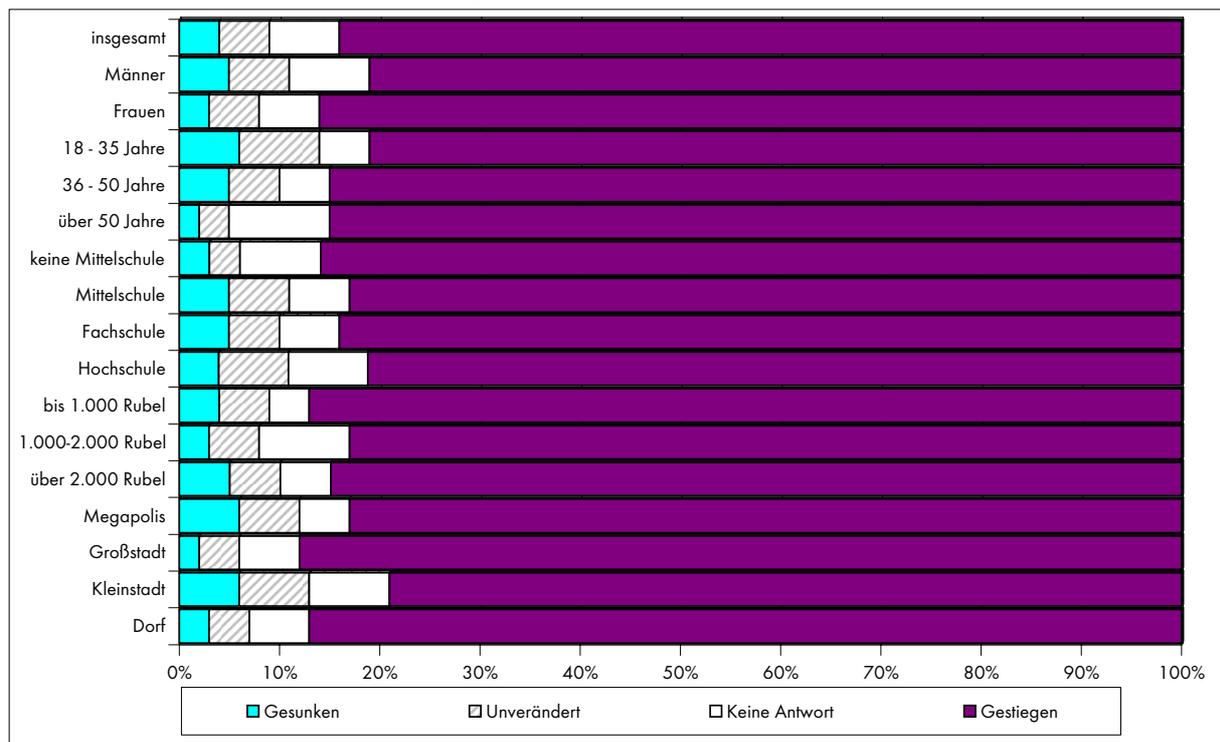
Quelle: Angaben von Rosstat (Rossijskij Statistscheskij Esbegodnik 1997, Moskau 1997, S. 269; Rossija w zifrach, Moskau 1999, S. 145.; Rossijskij Statistscheskij Esbegodnik 2000, Moskau 2000, S. 243; <http://www.gks.ru/bgd/regl/brus05/lswPrx.dll/Stg/11-01.htm>); auf der Website der Russlandanalysen sind die Daten als Tabelle zugänglich: <http://www.russlandanalysen.de/content/index.php?option=content&task=view&id=105&Itemid=>



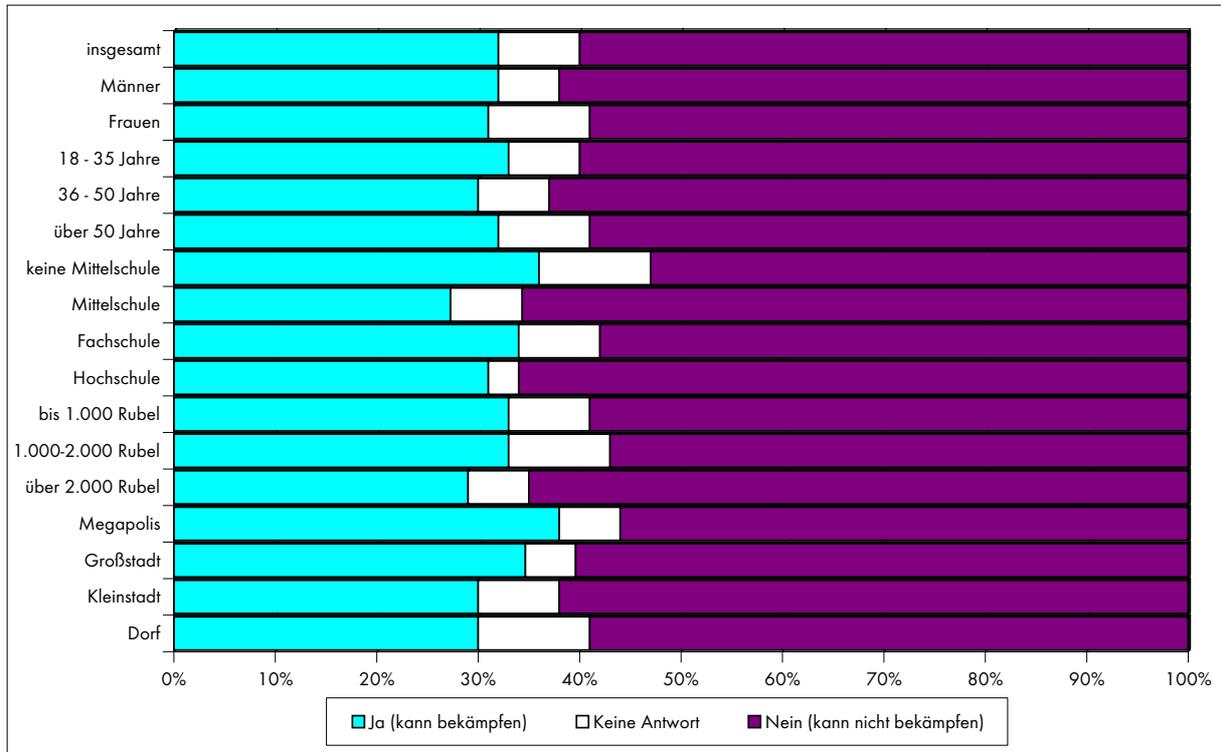
Drogensucht und Drogenbekämpfung 2003

Ist die Zahl der Leute, die Drogen nimmt, in Russland in den letzten Jahren gesunken, gestiegen oder gleich geblieben?

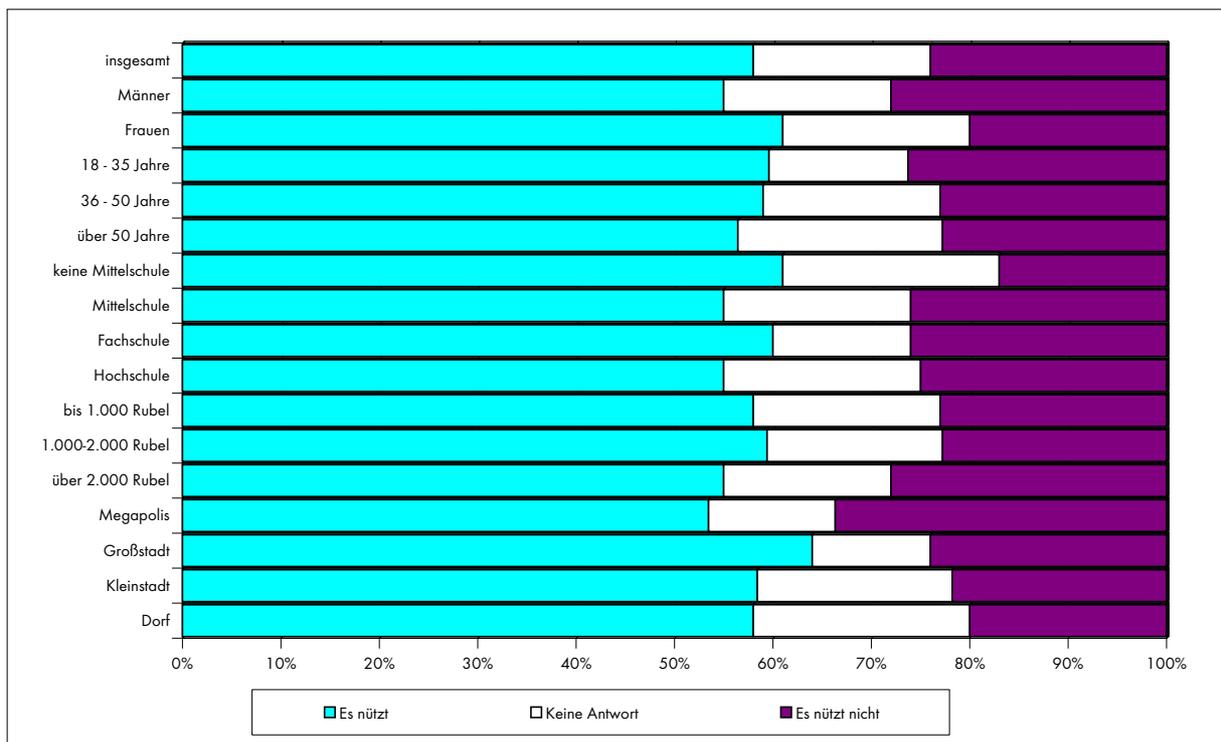
Quelle: Umfragen der "Stiftung Öffentliche Meinung" aus dem Jahr 2003
<http://bd.fom.ru/report/cat/humdrum/health/drugs/tb031212>



Kann der Staat das Drogenproblem effektiv bekämpfen?



Nützt die Gründung des Staatskomitees zur Kontrolle des Drogenhandels beim Kampf mit der Drogensucht in Russland?



Dokumentation

Heroinhandel in Russlands unruhigem Osten

Kurzbericht der Drug Enforcement Administration der USA (Oktober 2003) DEA-03053

Zusammenfassung

Der Sibirische Föderalbezirk und der Föderalbezirk Fernost haben in den letzten Jahren einen steilen Anstieg von Heroinhandel und -missbrauch erlebt. Die Gründe für diesen Anstieg sind komplex, aber die Kombination von erhöhter Heroinproduktion in Afghanistan, vermehrtem Drogenhandel über die Seidenstraße in Zentralasien, schwache Grenzkontrollen und eine geschrumpfte russische Wirtschaft hat den Handel in Gebieten angeheizt, die niemals Heroinhandel in einem solchen Maßstab erlebt hatten. Laut Antonio Maria Costa, Exekutivdirektor des UN-Büros für Drogen und Verbrechensbekämpfung, benutzte nur 1% der russischen Drogenabhängigen Heroin im Jahre 1996; heute sind es fast 30%. Nur Laos, Tadschikistan und Iran haben einen höheren Anteil von Drogenabhängigen.

Die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen von Heroinmissbrauch und -handel in Russland sind beträchtlich. Russische Beamte schätzen, dass die Hälfte des Heroins, das durch Russland geschleust wird, für den europäischen Markt bestimmt ist, während der Rest für den Verkauf in Russland vorgesehen ist. Obwohl die Auswirkungen dieses Heroinhandels in Sibirien und im russischen Fernen Osten auf die Vereinigten Staaten weniger dramatisch sind, könnte dieser Handel doch potentiell großen Schaden anrichten, weil die russischen Pazifikhäfen von mächtigen Gruppen des organisierten Verbrechens kontrolliert werden. Da zentralasiatische Drogenhändler sich mehr und mehr im östlichen Russland etablieren, existiert die Möglichkeit, dass sie mit russischen Banden zusammenarbeiten, um Heroin in die lukrativeren Märkte der pazifischen Randgebiete und der Vereinigten Staaten zu exportieren.

Hintergrund

Sibirien und der Föderalbezirk Fernost, Bezirke, die von Moskaus auf das Zentrum orientierten Regierung traditionell vernachlässigt wurden, ist jetzt stärker in das Blickfeld russischer Beamten gerückt, die einen beispiellos steilen Anstieg von Heroinhandel und -missbrauch in den beiden Regionen beobachten. Noch vor drei Jahren wurden in Sibirien und im russischen Fernen Osten hauptsächlich Opium, Haschisch, Mohnstroh und Ephedrin konsumiert. Während Missbrauch und Handel mit diesen Drogen immer noch signifikant sind, werden sie heute durch Beschlagnahme großer Mengen afghanischen Heroins und einem Heroinmissbrauch epidemischen Ausmaßes in den Schatten gestellt. Der russische Präsident Wladimir Putin hat Drogen als nationales Sicherheitsproblem bezeichnet und sagte, dass der Drogenhandel in Russland terroristische Organisationen finanziert, illegale Migration begünstigt, Waffenschmuggel erleichtert und einen allgemeinen Zusammenbruch des Lebensstandards verursacht.

Sibirien und der russische Ferne Osten und die Probleme dort sind nur auf den ersten Blick isoliert. Nicht nur die russische Regierung, sondern auch die Nachbarländer und die Weltgemeinschaft insgesamt sollten diesen Problemen Beachtung schenken. Drogenabhängigkeit ist eng mit einem Anstieg der Verbrechens- und Krankheitsraten verbunden, was wiederum Wirtschaft und soziale Stabilität schädigt, und die Legitimität von Regierungen untergräbt. Da die Zunahme des verfügbaren Heroins einen sprunghaften Anstieg von Drogenabhängigkeit, AIDS und Arbeitslosigkeit fördert, droht sich die Krise in einem Gebiet auszuweiten, in dem die Institutionen von Demokratie und freiem Markt sich noch in der Entwicklung befinden. Die regionale Instabilität, die durch einen Zusammenbruch der Wirtschaft, wie auch durch ungezügelteres Verbrechen und Korruption verursacht würden, könnte sich direkt auf China, Japan, Südkorea und die Vereinigten Staaten auswirken, indem diese Staaten ihren Handel mit Sibirien und dem russischen Fernen Osten ausweiten.

Die strategische Sicherheitslage in Sibirien und dem russischen Ferne Osten geben der russischen Regierung jetzt schon Anlass zu Sorge. Bei einer Sitzung des russischen Sicherheitsrates im November 2002 bezeichnete Präsident Putin den russischen Fernen Osten als den krisengeschüttelsten Bezirk Russlands, wo Drogen und Beschaffungskriminalität die durch Armut und Korruption verursachten Probleme noch verschärfen.

Der Anstieg von Drogenhandel und der Nachfrage nach Drogen in Sibirien und im russischen Fernen Osten können auf mehrere Faktoren zurückgeführt werden:

- Angebot großer Mengen billigen afghanischen Heroins;
- verstärkte Sicherheitskontrolle an der afghanisch-iranischen Grenze und auf der Balkanroute;
- wirtschaftliche Rezession und eine demographische Veränderungen (in Sibirien und im russischen Fernen Osten);
- der Existenz einer Kultur des organisierten Verbrechens;
- ansteigende Verbrechens- und Korruptionsraten;
- schwache Grenzsicherung.

Übersetzung aus dem Amerikanischen: Matthias Neumann

Quelle: <http://www.usdoj.gov/dea/pubs/intel/03053/03053.html>

Kommentar

Die Jukos-Affäre geht weiter

Heiko Pleines, Moskau

Einleitung

Die Jukos-Affäre ist von den meisten Beobachtern interpretiert worden als politisch motiviertes Vorgehen gegen einen Unternehmer, der sich in Opposition zu Präsident Wladimir Putin in die Politik eingemischt hat. Aus dieser Sicht ist die Affäre beendet. Das Unternehmen Jukos ist zerschlagen und sein Mehrheitseigner, der Oligarch Michail Chodorkowskij, ist zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt worden. Trotzdem haben staatliche Behörden in den letzten Tagen den Fall Jukos dynamisch weitergeführt.

Staatlicher Aktionismus

Das Urteil gegen Chodorkowskij wurde am 22. September in der Revision um ein Jahr auf acht Jahre Haft reduziert. Das Urteil wurde damit rechtskräftig und Chodorkowskij's Versuch, bei einer Nachwahl in Moskau für die Duma zu kandidieren, war gescheitert. Er verschwand buchstäblich von der Bildfläche. Seine Anwälte erklärten am Wochenende, dass ihnen der Aufenthaltsort ihres Mandanten nicht mitgeteilt werde. Einem ausländischen Anwalt von Chodorkowskij wurde in der Nacht nach der Urteilsverkündung von Beamten der Emigrationsbehörde in seinem Hotelzimmer aufgesucht, die sein Visum annullierten.

Am 5. Oktober durchsuchten dann auf Ansuchen russischer Behörden niederländische Beamte die Räume einer Tochterfirma von Jukos in Amsterdam, und in Moskau kam es zu umfangreichen Durchsuchungen von Jukos-Büros, die im Rahmen einer Ermittlung wegen Geldwäsche in Höhe von 7 Milliarden US-Dollar erfolgten. In den folgenden Tagen wurden im Zuge der Ermittlungen auch die Räume der privaten Stiftung „Open Russia“ durchsucht, die von Chodorkowskij eingerichtet worden war, um zivilgesellschaftliche Organisationen zu fördern.

Die Staatsanwaltschaft startete damit eine neue Runde groß angelegter Ermittlungen gegen Jukos und Chodorkowskij. Auf die Frage nach den Ursachen für diesen Aktivismus gibt es vier Antworten, die sich im Wesentlichen ergänzen.

1. Die Fassade der Rechtsstaatlichkeit

Präsident Putin hat immer betont, dass bei der Jukos-Affäre die Justiz rechtsstaatliche Ermittlungen unabhängig von der Politik verfolge. Aus offizieller Sicht handelt es sich also um ein normales Verfahren. Dementsprechend ist es auch nur konsequent, dass mit der Zerschlagung von Jukos und der Verurteilung von Chodorkowskij das Verfahren nicht zu Ende ist. Wenn die Chodorkowskij zur Last gelegte Steuerhinterziehung über Kapitalflucht erfolgte, sind Ermittlungen wegen Kapitalflucht und Geldwäsche eine logische Konsequenz. Wenn Chodorkowskij als Kopf einer Bande der organisierten Kriminalität angeklagt wur-

de, ist es auch folgerichtig, die anderen Mitglieder der „Bande“ ebenfalls anzuklagen.

Diesem Versuch, in der Jukos-Affäre die Fassade der Rechtsstaatlichkeit zu wahren, sind nun auch andere russische Firmen zum Opfer gefallen. Da die Jukos vorgeworfenen Mechanismen der Steuerhinterziehung auch von allen anderen Ölfirmen und von vielen Firmen aus anderen Branchen benutzt wurden, hat man gegen sie ebenfalls Ermittlungsverfahren eingeleitet. Im Gegensatz zu Jukos kamen die anderen Ölfirmen aber mit einem blauen Auge davon. Zuletzt wurde so Ende September das Verfahren gegen Lukoil nach einer Zahlung von weniger als 200 Million Dollar eingestellt. Die Steuerermittlungen gegen andere Firmen sind also, entgegen vieler Spekulationen, wohl nicht als Indikator für das nächste Opfer zu sehen, sondern als Versuch, die Jukos-Affäre als Teil einer groß angelegten, rechtsstaatlichen Untersuchung der Sünden der Vergangenheit auszugeben.

Die widerlegen die offizielle Fassade. Die von Jukos verwendeten Verfahren der Steuerminimierung waren sowohl in einer umfangreichen Untersuchung der staatlichen Rechnungsprüfungskammer als auch von führenden Vertretern der russischen Regierung und der Steuerbehörden als legale Schlupflöcher bezeichnet worden. Diese Schlupflöcher wurden nach Einschätzung der Rechnungsprüfungskammer am intensivsten von Sibneft und nicht von Jukos genutzt. Auch staatliche Firmen, wie Gazprom und Rosneft, machten in großem Ausmaß von diesen Möglichkeiten Gebrauch. Während die Steuernachforderungen hier aber in allen Fällen für die Konzernfinanzen eher symbolische Bedeutung hatten, übersteigen die Steuerforderungen an Jukos die gesamten Firmeneinnahmen. Da diese Fakten in der russischen öffentlichen Debatte und auch in den Einschätzungen einiger westlicher Politiker keine Rolle spielen, bleibt die Fassade der Rechtsstaatlichkeit bestehen.

2. Der Staatsanteil an der Erdölwirtschaft

Wohl erst im Verlauf der Affäre haben die verantwortlichen Politiker in der russischen Regierung und Präsidialadministration begonnen, ein Konzept

für die Erdölwirtschaft nach der Zerschlagung von Jukos zu entwickeln. Dabei kam es in der Regierung zu einem Konflikt zwischen den Kontrollfanatikern, die Jukos unter staatliche Kontrolle bringen wollen, und den unbeirrbaren Wirtschaftsliberalen, die wohl an Marktwirtschaft ohne Demokratie glauben, nicht aber an Marktwirtschaft mit staatlichen Firmen.

Im Ergebnis wurde die staatliche Politik im Verlauf und im Nachgang der Ereignisse improvisiert. So konnte die größte Tochterfirma von Jukos, Juganskneftegaz, im Dezember 2004 nicht an den staatlich kontrollierten Erdgaskonzern Gazprom verkauft werden, weil Gazprom nach der Entscheidung eines US-Gerichts den westlichen Kredit zur Deckung des Kaufpreises nicht erhielt. Stattdessen sprang die staatliche Ölfirma Rosneft ein und erwarb unter Einbeziehung einer dubiosen Scheinfirma Juganskneftegaz für gut 9 Milliarden US-Dollar.

Die Idee der staatlichen Initiatoren dieses Schemas war es wohl ursprünglich, durch ein Merger von Rosneft und Gazprom die Kosten doch noch von Gazprom decken zu lassen. Die Konditionen des bereits für den Frühsommer angekündigten Mergers stehen aber immer noch nicht eindeutig. Stattdessen entstand die neue Idee, neben Gazprom, Rosneft und Jukos auch noch Sibneft unter staatliche Kontrolle zu bringen. Nach Presseberichten von Anfang der Woche haben sich Gazprom und die Millhouse Holding des Oligarchen Roman Abramowitsch auf den Verkauf von 72,7% an Sibneft für gut 13 Milliarden US-Dollar geeinigt. Dies würde bedeuten, dass der Anteil des Staates an der russischen Ölproduktion von nur 13% im letzten Jahr auf fast 40% steigen würde. Übrig blieben drei große private Ölfirmen: Lukoil, TNK-BP und Surgutneftegaz.

Für Rosneft bedeutet dies jedoch, dass Gazprom die Kosten für Juganskneftegaz nicht übernehmen kann. Die Zerschlagung von Jukos brachte damit trotz des sehr günstigen Verkaufspreises eine erhebliche Belastung für die Finanzen von Rosneft. Die staatliche Reaktion hierauf führte zu einem erneuten Blick hinter die Fassade der Rechtsstaatlichkeit. Steuerforderungen, die gegen Juganskneftegas erhoben worden waren als es noch zu Jukos gehörte, wurden in der Revision aufgehoben, als die Firma zu Rosneft gehörte. Die weiterhin zu Jukos gehörenden Firmen Samaraneftgaz und Tomskneft müssen entsprechende Forderungen jedoch begleichen.

Zusätzlich wurde die Strategie einer vollständigen Zerschlagung von Jukos über Steuerschulden zurückgestellt. Stattdessen begann Rosneft als neuer Eigentümer von Juganskneftegaz Forderungen an den ehemaligen Eigentümer Jukos zu stellen. Die derzeit anhängigen Forderungen von Rosneft summieren sich auf 15 Milliarden US-Dollar und übersteigen damit

den Kaufpreis deutlich. Im Ergebnis könnte Rosneft der größte Jukos-Gläubiger werden, da staatliche Steuerforderungen von über 20 Milliarden US-Dollar bis auf 6 Milliarden bereits beglichen wurden.

Damit Rosneft als Gläubiger von Jukos seine Firmenfinanzen sanieren kann, muss Jukos jedoch neue Liquidität erhalten. Dazu zeichnen sich drei Wege ab. Erstens hat sich Millhouse bereit erklärt, Jukos seine Anteile an Sibneft für 3 Milliarden US-Dollar abzukaufen, um diese an Gazprom weiterzugeben. (Nach russischem Recht hätten die Jukos-Anteile an Sibneft, als die Firmentätigkeit nicht betreffendes Vermögen, eigentlich als erstes, d.h. noch vor der Zwangsversteigerung von Juganskneftegaz, konfisziert werden müssen.) Zweitens wurde der Verkauf von Jukos-Tochterfirmen im Ausland eingeleitet. Drittens können die niederländisch-russischen Ermittlungen wegen Kapitalflucht auch als Weg der Kapitalrückführung interpretiert werden. Aus dieser Sicht gehen die Ermittlungen zumindest solange weiter, bis Rosneft seinen Kaufpreis von Jukos selber zurückerhalten hat. Der Beginn der Verhandlung über den größten Teil der Rosneft-Forderungen ist für den 18. April 2006 angesetzt.

3. Putins Kontrollbedürfnis

Ein weiterer Aspekt, der die Fortführung der Jukos-Affäre bewirken könnte, ist Putins Kontrollbedürfnis. Putin ist angetreten mit dem Ziel, unabhängige und aus seiner Sicht illegitime Akteure aus der Politik zu verdrängen. Sein Kontrollbedürfnis trifft dabei nicht nur die Oligarchen, sondern auch politische Akteure, wie das Parlament und die regionalen Gouverneure, und zivilgesellschaftliche Gruppen wie Journalisten oder NGOs. Putin scheint ernsthaft zu glauben, dass stärkere Kontrolle durch die föderale Exekutive (und damit letztendlich durch den Präsidenten) im „chaotischen“ Russland zu einer effektiveren Politik führt. Unabhängige Akteure, die sich an politischen Entscheidungsprozessen direkt oder indirekt beteiligen, werden so entweder aus der Politik gedrängt oder – falls sie sich kooperativ zeigen – in Beratungsorgane integriert.

In diesem Sinne ist die Fortführung der Jukos-Affäre Ausdruck großer Beharrlichkeit. In fast allen Fällen, in denen unabhängige Akteure im Konflikt entmachtet wurden, haben die staatlichen Akteure sich nicht mit ihrer bloßen Verdrängung aus der Politik zufrieden gegeben. So beantragt Russland etwa immer noch regelmäßig die Auslieferung der bereits 2001 entmachteten Medienmogule Wladimir Gusinskij und Boris Beresowskij. Nachdem alle wichtigen Massenmedien unter (zumindest indirekte) staatliche Kontrolle gebracht wurden, gab es eine Vielzahl von Kampagnen gegen politisch weitgehend

irrelevante lokale Medien sowie einzelne Journalisten und auch Wissenschaftler.

Die neuen staatlichen Maßnahmen im Zuge der Jukos-Affäre können so dazu dienen, erstens NGOs von politisch ungewollter Finanzierung abzuschrecken, zweitens dem politisch-liberalen Lager eine mögliche Organisationsplattform zu entziehen und drittens Anwälte daran zu hindern, in Prozessen mit politischem Hintergrund die „falsche“ Seite zu vertreten.

4. Übereifrige Helfer

Gerade hier gibt es aber auch noch einen weiteren Erklärungsansatz. Übereifrige Helfer in den staatlichen Behörden folgen dem Vorbild des Präsidenten und beginnen auf eigene Initiative Maßnahmen im (vermuteten) Sinne der Führung. Wie die Analyse von Jens Siegert (siehe Russlandanalysen 59) zeigt, ist das Vorgehen gegen NGOs zum Beispiel nicht auf eine zentrale Strategie zurückzuführen. Auch in der Jukos-Affäre dürften viele sich berufen fühlen, auf eigene Initiative in den Dienst der großen Sache zu treten.

Ein bezeichnendes Beispiel ist die Tochterfirma von Gazprom, Orenburggeophysica, die Mitte September wegen angeblicher Schulden von Jukos aus dem Jahre 2003 in Höhe von 60.000 US-Dollar ein Konkursverfahren gegen Jukos beantragen wollte. Es wäre gut vorstellbar, dass örtliche Gerichte vorsichtshalber auf die Ablehnung eines entsprechenden Antrages verzichten würden. In diesem Fall piff jedoch die Gazpromleitung ihr Tochterunternehmen in einer Presseerklärung zurück. Ziel ist wohl nicht ein Konkursverfahren, sondern die bevorzugte Begleichung der Schulden gegenüber Rosneft und/oder dem Staat. Die Tatsache, dass andere übereifrige Helfer nicht zurückgepfiffen werden, spricht dafür, dass die politische Führung ihre Aktionen zumindest nicht als störend empfindet.

Putins Jukos-Problem

Auch wenn sich die hier vorgestellten vier Erklärungsansätze der Jukos-Affäre gegenseitig ergänzen, beruhen sie offensichtlich nicht auf einer durchdachten Strategie. Zu deutlich ist an vielen Stellen improvisiert worden, zu oft haben sich Vertreter des Staates gegenseitig widersprochen. Zumindest aus der Sicht von Präsident Putin, der Kritik an demokra-

tischen und rechtsstaatlichen Defiziten recht souverän zu verkraften scheint, gibt es aber ein ganz anderes Problem bei der Jukos-Affäre.

Erklärtes Ziel des Präsidenten ist die drastische Steigerung der russischen Wirtschaftskraft zur Wiederherstellung nationaler Größe. Dabei sind, wie Putin selber ausdrücklich erklärt, Investitionen der Privatwirtschaft unverzichtbar. Auch wenn der Effekt der Jukos-Affäre auf Investoren im In- und Ausland oft überschätzt wird, so stellt sie doch zweifelsohne eine Belastung dar. Konkret werden für in- und ausländische Investoren durch die Jukos-Affäre die Eigentumsrechte aus der Privatisierung und die Verlässlichkeit von Steuerforderungen in Frage gestellt. In beiden Fällen bemüht sich der russische Staat, trotz der Weiterführung der Jukos-Affäre, Sicherheit zu vermitteln.

Daher wurde die Privatisierung von Jukos – in den Augen der russischen Bevölkerung eigentlich der größte Schwindel Chodorkowskij – im September von Gerichten wegen als rechtens bestätigt. Außerdem wurde im Sommer die Verjährungsfrist für Privatisierungsvergehen von zehn auf drei Jahre verkürzt. Die großen Privatisierungen der 1990er Jahre sind damit alle nicht mehr anfechtbar.

In Bezug auf die Steuerfrage hatte die Regierung schon Anfang des Jahres eine Gesetzesinitiative angekündigt, die Steuerzahlern mehr Sicherheit geben sollte. Nach langen Verhandlungen und zähem Widerstand der Steuerbehörde wurde im Juni ein Entwurf ins Parlament eingebracht, der Anfang der Woche in erster Lesung verabschiedet wurde. Der Haushaltsausschuss der Duma hat für die zweite Lesung aber schon erheblichen Änderungsbedarf angekündigt. Es ist deshalb noch nicht absehbar, wann und in welcher Form die Rechte der Steuerzahler gegenüber der Steuerbehörde gestärkt werden.

Selbst im besten Fall bleibt aber natürlich das Problem bestehen, dass Investoren auf Regeln vertrauen müssen, die von einem Staat gesetzt werden, der Rechtsstaatlichkeit bloß als Fassade benötigt. Wie zum Beispiel der Fall China zeigt, stört dies allerdings die ausländischen Investoren meist weniger, als die öffentliche Debatte wahrhaben will.

Über den Autor

Heiko Pleines ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle Osteuropa in Bremen. Derzeit ist er mit einem Stipendium der Alexander von Humboldt-Stiftung als Gastwissenschaftler an der Higher School of Economics in Moskau.

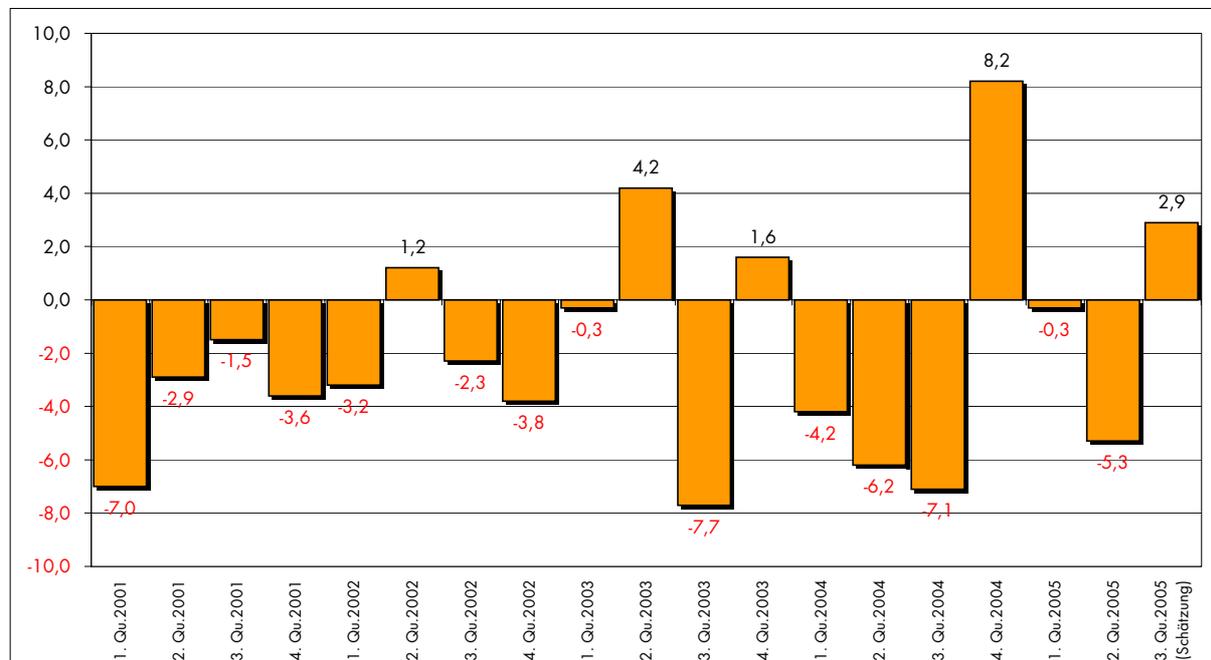
Lesetipps

Einen Überblick über die Jukos-Affäre und ihre Hintergründe geben die Beiträge in Heiko Pleines / Hans-Henning Schröder (Hg.): Die Jukos-Affäre. Russlands Energiewirtschaft und die Politik, 2. aktualisierte Auflage, Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Nr. 64 (Juni 2005).

Die Texte der Urteile gegen Michail Chodorkowskij und Platon Lebedev sind auf der Website der Generalstaatsanwaltschaft auf Russisch und Englisch zugänglich http://www.genproc.gov.ru/ru/news/news_current.shtml?2005/10/2191.html

Grafik zum Text
Nettokapitalexport des Privatsektors 2001–2005

(nach der Zahlungsbilanz, Mrd. US Dollar)

 Quelle: Angaben der russischen Zentralbank, Stand 5.10.2005 http://www.cbr.ru/statistics/credit_statistics/print.asp?file=capital.htm


	Nettokapitalexport des Privatsektors (2+5)	Nettokapitalexport der Banken (3+4)	darunter:		Nettokapitalexport von Unternehmen und Privatpersonen	darunter:	
			Ausländische Aktiva	Ausländische Passiva		Ausländische Aktiva	Ausländische Passiva
	1	2	3	4	5	6	7
2001	-15,0	1,3	-1,4	2,7	-16,2	-10,5	3,7
1. Qu. 2001	-7,0	-3,3	-3,5	0,2	-3,6	-1,4	0,2
2. Qu. 2001	-2,9	-0,3	-1,9	1,6	-2,6	-1,9	0,7
3. Qu. 2001	-1,5	2,2	1,3	0,9	-3,7	-1,9	1,0
4. Qu. 2001	-3,6	2,7	2,7	0,0	-6,3	-5,4	1,7
2002	-8,1	2,5	-1,1	3,6	-10,6	-18,5	14,3
1. Qu. 2002	-3,2	-0,9	-0,9	0,0	-2,4	-3,6	2,3
2. Qu. 2002	1,2	1,6	0,1	1,5	-0,5	-3,4	4,0
3. Qu. 2002	-2,3	0,4	0,1	0,3	-2,6	-3,0	2,5
4. Qu. 2002	-3,8	1,4	-0,4	1,8	-5,2	-8,5	5,5
2003	-2,3	10,3	-1,0	11,2	-12,6	-26,1	22,1
1. Qu. 2003	-0,3	0,9	0,2	0,6	-1,2	-6,0	6,3
2. Qu. 2003	4,2	3,4	0,6	2,7	0,8	-3,2	5,6
3. Qu. 2003	-7,7	-2,3	-4,2	1,9	-5,4	-8,1	6,0
4. Qu. 2003	1,6	8,4	2,4	6,0	-6,8	-8,8	4,1
2004	-9,3	3,8	-3,6	7,4	-13,1	-33,5	28,8
1. Qu. 2004	-4,2	-3,2	-3,6	0,4	-1,0	-6,6	9,1
2. Qu. 2004	-6,2	-3,3	-2,3	-1,0	-2,9	-8,2	5,6
3. Qu. 2004	-7,1	0,9	-0,5	1,4	-8,0	-10,5	2,6
4. Qu. 2004	8,2	9,4	2,8	6,6	-1,2	-8,1	11,4
2005							
1. Qu. 2005	-0,3	-2,6	-4,8	2,2	2,3	-8,9	15,5
2. Qu. 2005	-5,3	-2,6	-6,7	4,1	-2,7	-9,8	11,2
3. Qu. 2005 (Schätzung)	2,9	5,9	-0,1	6,0	-3,1	-9,8	9,3

Chronik

Vom 6. bis zum 13. Oktober 2005

6.10.2005	Sicherheitsorgane durchsuchen Büros der Stiftung "Otkrytaja Rossija" (Offenes Russland), deren Vorsitzender Michail Chodorkowskij ist, in Zusammenhang mit Geldwäschevorwürfen.
6.10.2005	In Petersburg findet hinter verschlossenen Türen ein Gipfeltreffen der Präsidenten von Russland (Wladimir Putin), Belarus (Alexander Lukaschenka), Kasachstan (Nursultan Nasarbajew), Usbekistan (Islam Karimow), Kirgizstan (Kurmanbek Bakijew) und Tadschikistan (Imomali Rachmonow) statt.
8.10.2005	Der Klimasatellit «Cryosat» der Europäischen Raumfahrtagentur (ESA), der planmäßig um 17.02 Uhr MEZ startet, geht nach Angaben der russischen Raketenstruppen in Plessezk verloren, da die Abtrennung der zweiten und der dritten Raketenstufe nicht funktioniert.
9.10.2005	In Machatschkala stellen Sicherheitskräfte eine Gruppe von vier Untergrundkämpfern, die sich in einem zweistöckigen Haus im Stadtzentrum verbergen. Alle vier werden im Verlaufe des Gefechts getötet. Auf Seiten der Polizei werden zwei Personen getötet, zwei weitere verletzt.
9.10.2005	In Woronesh greifen Hooligans drei ausländische Studenten an. Ein Peruaner wird getötet, ein zweiter Peruaner und ein Spanier werden verletzt.
9.10.2005	In Belgorod wird der amtierende Direktor von "Inteko-Agro" von drei Unbekannten angegriffen und durch Axthiebe schwer verletzt. Hintergrund ist angeblich ein Konflikt zwischen dem Agrarunternehmen und der Gebietsverwaltung von Belgorod. „Inteko-Agro“ gehört zum Konzern „Inteko“, die sich im Besitz von Jelena Baturina befindet, der Ehefrau des Moskauer Bürgermeisters Lushkow.
9.10.2005	Angehörige der 76. Luftlandedivision (Pskow) treffen in Indien ein, um an einer gemeinsamen russisch-indischen Militärübung zur Bekämpfung des Terrorismus teilzunehmen, die vom 10. bis zum 20. Oktober stattfindet. An der Übung nehmen auch Schiffe der russischen Pazifikflotte teil.
10.10.2005	Michail Chodorkowskij und Platon Lebedew werden zur Verbüßung ihrer Haftstrafe in ein Arbeitslager überführt. Der Ort wird nicht bekannt gegeben.
10.10.2005	In Dagestan gerät eine Patrouille der Sicherheitskräfte in einen Hinterhalt. Zwei Polizeibeamte werden erschossen, ein weiterer wird verletzt.
10.10.2005	Ein holländisches Gericht beschlagnahmt auf Antrag des Erdölkonzerns Rosneft vorläufig die ausländischen Besitztitel von Jukos.
10.10.2005	Auf Vorschlag Putins bestimmen die Regionalparlamente des Gebiets Perm und des Autonomen Bezirks der Komi-Permjaken Oleg Tschirkunow zum Gouverneur des Bezirks Perm, der am 1.12. aus den beiden Regionen gebildet wird.
11.10.2005	In Woronesh protestieren 2–300 ausländische Studenten gegen die ausländerfeindlichen Übergriffe und fordern besseren Schutz durch die Behörden.
11.10.2005	In Moskau wird der Anwalt Dmitrij Schtejnberg von Unbekannten angegriffen und so schwer verletzt, dass er im Krankenhaus stirbt. Schtejnberg vertritt die Interessen von "Inteko" und von "Inteko-Agro".
11.11.2005	Der Energiekonzern Gazprom erhält von einem Bankenconsortium einen Kredit in Höhe von 13,1 Mrd. US\$. Zu den Kreditgebern gehören ABN Amro, Dresdner Kleinwort Wasserstein, Citigroup, Morgan Stanley, Goldman Sachs und Credit Suisse.
11.11.2005	Verteidigungsminister Sergej Iwanow und Außenminister Sergej Lawrow nehmen in Paris am 5. Treffen des franco-russischen Kooperationsrates zu Sicherheitsfragen teil.
12.10.2005	Die Weltbank gibt ihren Armutsbericht für Osteuropa und die frühere Sowjetunion heraus. http://siteresources.worldbank.org/INTECA/Resources/complete-eca-poverty.pdf
12.10.2005	In ganz Russland findet ein Aktionstag der Angestellten des öffentlichen Dienstes statt, der mit Streiks und Demonstrationen begangen wird. Die Protestierer fordern eine Erhöhung ihrer Bezüge.
13.10.2005	Mehrere Gruppen von Guerillakämpfern greifen in Naltschik, der Hauptstadt von Kabardino-Balkarien (Nordkaukasus), Polizeiwachen, ein Gefängnis, das örtliche Büro des Inlandsgeheimdienstes FSB und den Flughafen an.
13.10.2005	Die Staatsanwaltschaft des Autonomen Bezirks der Jamal-Nenzen teilt mit, dass Platon Lebedew, der im Jukos-Prozess zu einer hohen Haftstrafe verurteilt wurde, sich zur Strafverbüßung in der Strafkolonie 3 im Ort Charp befindet.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2005 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de

Lesehinweis

Abstracts der Artikel mit Russlandbezug in Osteuropa 9/2005

OSTEUROPA 9/2005 ist erschienen. Das Heft hat 168 Seiten und ist für 9,50 € bei der Redaktion von OSTEUROPA zu beziehen: osteuropa@dgo-online.org

Es enthält folgende Beiträge zu Rußland:

Iris Kempe

Eine neue Ostpolitik

Europas Antwort auf die Regenbogenrevolutionen

Die Regenbogenrevolutionen in der Ukraine und Georgien haben sich an westlichen Werten orientiert. Eine erfolgreiche Transformation in diesen Staaten hängt auch von deren Einbindung in den westlichen Integrationsraum ab. Mit der Nachbarschaftspolitik hat die Europäische Union auf den Handlungsdruck reagiert. Doch derzeit befindet sich die Europäische Union in einer Integrationskrise. Gleichzeitig ist der Kreml mit seiner Strategie gescheitert, den postsowjetischen Raum durch Abhängigkeit und personelle Netzwerke zu integrieren. Eine „neue Ostpolitik“ ist gefordert, um den überlappenden Integrationsraum zwischen Rußland und dem Westen zu gestalten.

Gasan Gusejnov

Das innere Ausland

Neue Grenzen in der heutigen russischen Literatur

Wie haben sich die kulturellen Grenzen in der russischen Literatur von heute verschoben? Evtušenkos Formel „Ein Dichter in Rußland ist mehr als nur ein Dichter“ ist nicht mehr gültig. Viktor Erofeev begrub gar die sowjetische Literatur. Damit sind mehrere Grenzen gefallen: die zwischen Hoch- und Massenkultur sowie jene zwischen Popkultur und der Dichtung des Elfenbeinturms. Um die verspätete russische Postmoderne zu interpretieren, ist es nützlich, den Begriff des „inneren Auslands“ auf die literarische Szene anzuwenden.

Dmitrij Chmel'nickij

Der Kampf um die sowjetische Architektur

Ausländische Architekten in der UdSSR der Stalin-Ära

In den 1920er Jahren galt die Sowjetunion noch als Land der architektonischen Zukunft, das Berühmtheiten wie Le Corbusier oder Erich Mendelsohn anzog. In den 1930er Jahren änderte sich die Situation radikal. Stalin lud westliche Experten wie Albert Kahn oder Ernst May ein, an der „sozialistischen Industrialisierung“ und dem Aufbau der Rüstungsindustrie mitzuwirken. Als der Transfer militär-industriellen Know-hows in die UdSSR so weit gediehen war, daß die Sowjetunion die westlichen Architekten und Experten nicht mehr benötigte, brach Stalin die Zusammenarbeit jäh ab.

Klaus Müller

Europa, nicht Brüssel

Der Weltkongreß der Osteuropaforschung

Der Abgesang auf die Osteuropaforschung und die Area studies, der in den 1990er Jahren angestimmt wurde, hat sich als voreilig erwiesen. Übergeneralisierende Modelle und die pseudoexperimentelle Sprache von „Variablen“ und „Randbedingungen“ haben sich als ungeeignet erwiesen, die heterogene Entwicklung in Osteuropa zu erklären. Auch die bloße Übertragung integrationstheoretischer Überlegungen zur EU auf den Osten wird dieser Aufgabe nicht gerecht: Das Gebot der Stunde ist theoriegeleitetes regionales Wissen für eine komparative Europäisierung der Osteuropaforschung.

Herta Schmid, Katrin Berwanger

Memorandum über die Lage der Slawistik in Deutschland

Die Liste polnischer, tschechischer und russischer Nobelpreisträger für Literatur, slawischer Maler, Komponisten, Regisseure, der Leistungen in Philosophie, Logik, Rhetorik, Theologie, moderner Linguistik, Ästhetik und Literaturtheorie ist lang. Namen wie Comenius, Bolzano, Dvořák, Kandinskij, Wajda, Stanislavskij, Rimskij-Korsakov, Szymborska, Mrozek, Čapek und Havel sind weltbekannt, doch wer in Deutschland vermag ihre Leistungen für die europäische Kultur zu würdigen? Angesichts der jahrhundertealten engen Vernetzung zwischen der deutschen und den slawischen Kulturen in Kunst, Literatur, Wirtschaft, politischem Denken und Religion ist es an der Zeit, die unselige Spaltung Europas infolge des Zweiten Weltkriegs auch in der Hochschulbildung zu überwinden. Die slawischen Kulturen sind ein ebenso wichtiger Teil europäischer Kultur- und Bildungstradition wie die westeuropäischen Kulturen. Sie dürfen nicht länger marginalisiert werden.